



Satzung der Werbegemeinschaft Letmathe e.V.

§1 Name, Sitz und Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen „Werbegemeinschaft Letmathe e.V.“ Der Verein soll in das Vereinsregister eingetragen werden.
2. Sitz des Vereins ist Iserlohn
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§2 Zweck des Vereins

1. Zweck des Vereins ist die gemeinschaftliche Werbung im Interesse der Bewohner des Stadtteils Letmathe. Der Stadtteil Letmathe umfasst das Gebiet der ehemaligen selbstständigen Stadt Letmathe in seinen Grenzen bis zum 31.12.1974.
2. Der Verein arbeitet hinsichtlich seiner Zielsetzung eng und vertrauensvoll mit dem Einzelhandelsverband Südwestfalen e.V., Ortsvereinigung Letmathe zusammen.
3. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Die Erzielung von Gewinnen ist ausgeschlossen.

§3 Mitgliedschaft

1. Der Verein hat Vollmitglieder und fördernde Mitglieder.
2. Mitglieder des Vereins können Firmen, Einzelpersonen und Organisationen (Fach- und Wirtschaftsverbände) werden.
3. Über die Aufnahme der Mitglieder entscheidet der Vorstand mit einfacher Mehrheit.
4. Gegen die Entscheidung des Vorstandes haben die Mitglieder des Vereins ein Einspruchsrecht, über das in der Mitgliederversammlung durch Mehrheitsbeschluss entschieden wird.

§4 Rechte und Pflichten

1. Die Mitglieder können an allen Aktionen des Vereins teilnehmen, ihr Stimm- und Wahlrecht uneingeschränkt ausüben und gegebenenfalls den Rat des Vereins in Anspruch nehmen.
2. Die Mitglieder sind verpflichtet, den Verein in seinen Bestrebungen zu unterstützen, die Satzung und die Berufsgrundsätze zu wahren, sowie die Beiträge Fristgerecht zu entrichten.

§5 Ende der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt oder Ausschluss.
2. Der Austritt eines Mitgliedes ist nur zum Ende eines Geschäftsjahres zulässig. Dieser ist jeweils bis zum 30. Juni des Jahres durch eingeschriebenen Brief dem Vorstand zu erklären.
3. Ein Mitglied, das gegen die Ziele oder Grundsätze des Vereins oder gefasste Beschlüsse verstößt, kann durch Beschluss des Vorstandes ausgeschlossen werden.
4. Gegen den Ausschluss, der dem Mitglied durch eingeschriebenen Brief mitzuteilen ist, kann schriftlich beim Vorstand Beschwerde eingelegt werden.
5. Über die eingelegte Beschwerde entscheidet die nächste Mitgliederversammlung endgültig. Bis zur Entscheidung ruht die Mitgliedschaft.
6. Mit der Beendigung der Mitgliedschaft erlischt jeder Anspruch am Vereinsvermögen.
7. Ausgeschlossene Mitglieder haben keinen Anspruch auf Rückzahlung von Beiträgen.

§6 Organe des Vereins

1. Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

§7 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist vom Vorsitzenden des Vereins mindestens einmal Jährlich einzuberufen. Dazu sind die Mitglieder mindestens 7 Tage vorher schriftlich einzuladen. In der Einladung ist die Tagesordnung bekannt zugeben.
2. Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung müssen 4 Tage vor der Versammlung an den Vorstand gestellt werden. Von diesem Verlangen braucht den Mitgliedern vor der Versammlung keine Kenntnis gebracht werden.
3. Der Vorsitzende muss die Mitgliederversammlung auch einberufen, wenn mindestens 1/3 aller Mitglieder die Einberufung bei ihm schriftlich unter Angabe der auf die Tagesordnung zu setzenden Angelegenheiten beantragt.
4. Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der erschienenen Mitglieder. Für Satzungsänderungen ist jedoch die Mehrheit von zwei Dritteln der erschienenen Mitglieder erforderlich.
5. Die Beschlüsse werden in offener Abstimmung gefasst, jedoch kann die Versammlung geheim abstimmen, falls dieses von mindestens 1/3 der anwesenden Mitglieder verlangt wird.
6. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Vorsitzenden und einem Stellvertreter zu unterzeichnen ist.

§8 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, zwei Stellvertretern, dem Schriftführer dem Schatzmeister und zwei Beisitzern.
2. Der Vorstand wird durch die Jahreshauptversammlung für 2 Jahre gewählt. Die Tätigkeit der Vorstandsmitglieder ist ehrenamtlich. Auslagen, die dem Vorstand in Ausübung des Amtes erwachsen, kann der Verein erstatten.
3. Der Verein wird rechtsgeschäftlich durch den Vorsitzenden (oder dessen Stellvertreter) zusammen mit einem weiteren Vorstandsmitglied vertreten.
4. Der Vorstand ist verpflichtet, in alle namens des Vereins abzuschließende Verträge die Bestimmung auszunehmen, dass die Vereinsmitglieder nur mit dem Vereinsvermögen haften.
5. Der Vorstand ist bei Anwesenheit der Mehrheit seiner Mitglieder beschlussfähig, er entscheidet mit mehrfacher Mehrheit.
6. Der Vorstand bildet für die Planung und Durchführung der Werbemaßnahmen Arbeitsgemeinschaften. Er entscheidet über die Durchführung der Werbemaßnahmen.

§9 Beiträge

1. Die für die Arbeit des Vereins erforderlichen Mittel werden durch Beiträge und Spenden aufgebracht.
2. Zur Finanzierung von Werbemaßnahmen, die die zu erwartenden Einnahmen des Vereins innerhalb eines Geschäftsjahres übersteigen, entscheidet der Vorstand, ob die zusätzlichen Mittel auf die Mitglieder umgelegt werden, oder ob die zusätzlichen Mittel auf das neue Geschäftsjahr vorgetragen werden, sofern die Summe 10 v.H. des gesamten Jahresbeitragseinkommen nicht übersteigt.
3. Die Höhe des Jahresbeitrages wird von der Jahreshauptversammlung festgelegt.
4. Der Jahresbeitrag ist spätestens bis zum 1. März für das 1. Halbjahr und bis zum 1. September für das 2. Halbjahr zu zahlen.

§10 Förderungsbeitrag

1. Fördernde Mitglieder zahlen einen Förderungsbeitrag (Spenden), den diese selbst bestimmen können. Er soll jedoch nicht unter dem Jahresbeitrag der Vollmitglieder liegen.

§11 Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer eigens für diesen Zweck einberufenen Mitgliederversammlung erfolgen. Es müssen mindestens 2/3 aller Mitglieder anwesend sein. Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist innerhalb von 4 Wochen eine neue Mitgliederversammlung einzuberufen, die auf jeden Fall beschlussfähig ist.
2. Im Falle der Auflösung des Vereins beschließt die Mitgliederversammlung über die Verwendung des vorhandenen Vermögens, das einem steuerbegünstigten Zweck zuzuführen ist. Beschlüsse über künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.
3. Bei Auflösung des Vereins bleibt der Vorsitzende, oder einer seiner Stellvertreter als Liquidator im Amt, sofern nicht die Versammlung ein anderes Mitglied bestimmt.